Friedensarchitekturen.
Aktuelle Herausforderungen für die Friedensforschung

Vortrag aus Anlass des 75. Geburtstages von Dieter Senghaas,
Biberach, 20. 9. 2015
Lothar Brock, Brock@hsfk.de

Vorbemerkung
Es ist mir eine Ehre und ein großes Vergnügen, Dieter Senghaas mit einem *Vortrag* zu seinem 75. Geburtstag gratulieren zu können. Und ich freue mich sehr, dass dies am Ausgangspunkt seines Wirkens, also hier in Biberach, geschehen kann. Ermöglicht hat das in ebenso engagierter wie kompetenter Form Alfons Siegel im Bündnis mit fünf lokalen Organisationen, die dem Arbeitsfeld von Dieter Senghaas nahe stehen: *der Arbeitskreis Entwicklungspolitik, das Friedensbündnis, die Lokale Agenda 21, die Volkshochschule und der Weltladen Biberach*. Ihnen allen möchte ich sehr herzlich für die Gelegenheit danken, zu dem mir vorgegebenen Thema zu sprechen.

Noch ein weitere Vorbemerkung: Dieter Senghaas gibt es, wie ich mich noch einmal anhand eines Zeitungsberichts aus dem Jahre 1974 (!) vergewissert habe, seit vielen Jahren auch als Adjektiv. In dem eben erwähnten Zeitungsbericht ist vom senghaasianischen Denken die Rede. In meinem Vortrag wird es auch um das senghaasianische Denken gehen, aber nicht nur. Das hat sich der Jubilar extra ausbedungen.

Vorüberlegungen
Damit zur Sache. Worum geht es?
Das Nachdenken über den Frieden ist eingebunden in die Erfahrung des Krieges. Auch heute, hier in Biberach, ist es – im Rahmen der Geburtstagsfeier für Dieter Senghaas – die „kriegerische Zeit“, die uns herausfordert, es ist die „aus den Fugen geratene Welt“, das „globale Chaos“, es sind die mörderischen Exzesse der Gewalt in Irak und Syrien, in der zentralafrikanischen Republik, in Südsudan oder Nordnigeria; es ist das Elend der Flüchtlinge, die erneute militärische Konfrontation zwischen Ost und West im Gefolge des Ukraine-Konflikts, es ist das Säbelrasseln Chinas im südchinesischen Meer, das in diesem Jahr zum ersten Mal mit einer Militärparade zur Kapitulation Japans am Ende des zweiten Weltkrieges untermalt wurde.

Wir leben in rauen Zeiten und müssen uns darauf einstellen, dass es sobald nicht besser wird. Das ist einer der Gründe für das Anschwellen der Flüchtlingsströme: Die Menschen verlieren die Hoffnung, dass sich dort, wo sie bisher ausgeharrt haben, irgendetwas zum Besseren wenden wird, also machen sie sich mit Hilfe eines rasch anwachsenden Netzwerkes von Schleppern und Schleusern auf den Weg. Die Krisen und Konflikte, denen sie zu entkommen versuchen, kommen mit ihnen auch zu uns. Sie werden uns auf lange Sicht beschäftigen. Das Auswärtige Amt stellt sich darauf ein. Es hat sich umorganisiert. Eine von drei Abteilungen setzt sich fortan mit der Frage auseinander, wie mit den Krisen der Welt umgegangen werden soll und kann; denn die **Krise**, so der Außenminister, „wird in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren der **Normalzustand** sein“, nicht die Ausnahme.

Müssen wir also davon ausgehen, dass der Friede das bleiben wird, was er in der Vergangenheit stets war: eine Zwischenkriegszeit, die mal kürzer, mal länger dauert, aber nie lange genug, um die Menschen das Kriegführen verlernen und schließlich sogar vergessen zu lassen? Steht der Friede in diesem Sinne auch weiterhin unter dem Vorbehalt eines nächsten

Krieges? Und ist die Vorbereitung auf einen nächsten Krieg immer noch die beste Friedensstrategie (sofern sie es je war)?

„Si vis pacem, para bellum“ steht über dem Tor zum großen Arsenal in Venedig, – wenn Du den Frieden willst, rüste zum Krieg. Das ist eine Maxime, die der römische Staatsmann und Denker Cicero im Jahre 43 vor Christus im Kampf um die Erhaltung der römischen Republik ausgab. Diese Maxime hat Schule gemacht. Mit der Politik der nuklearen Abschreckung ist sie ins Monströse gesteigert worden. Die nukleare Abschreckung als Friedensstrategie hat die Menschheit mehrfach an den Rand der Selbstvernichtung geführt, und sie hat nicht verhindert, dass – während die Waffen in der großen Konfrontation zwischen Ost und West schwiegen – viele *kleine* Kriege ausgetragen wurden, die gleichwohl katastrophale Folgen für die Betroffenen hatten. Einige dieser kleinen Kriege endeten mit dem Ost-West-Konflikt, andere gingen unbeeindruckt weiter und wieder andere sind neu entbrannt. Heute rückt (nach einem kurzen Stimmungshoch in den 1990er Jahren) auch wieder der *große* Krieg ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Was tun?

Dem „Si vis pacem para bellum“ hat Dieter Senghaas (im Bündnis mit seiner Frau Eva) Anfang der 1990er Jahre die Friedensmaxime „Si vis pacem, para pacem“ entgegengestellt – „wenn Du den Frieden willst, dann *schaffe* Frieden“. M.a.W. betrachte den Krieg nicht als unausweichliches Schicksal des Menschen, mit dem man sich abfinden und auf das man sich einstellen muss; betrachte den Krieg vielmehr als ein Verhaltensmuster, das verändert und überwunden werden kann. Dafür, so Senghaas, müssen die Voraussetzungen in konkreter Form genannt werden (1995, S. 14). Es geht also nicht um das Auspinseln von Utopien (wie Ernst Bloch das genannten hat), sondern ganz einfach darum, in *praktischer* Weise über den Frieden nachzudenken und das im öffentlichen Raum zu kommunizieren. Was das in der gegenwärtigen Lage bedeuten könnte, soll im Folgenden diskutiert werden.

Ich gehe dabei auf drei Fragen ein:

1. Was ist aus den großen Friedensplänen der Aufklärung geworden? Oder: War Kant für die Katz?
2. Gibt es historische Erfahrungen, die zur unbeirrten Arbeit am Frieden ermutigen? Oder: Kann die Welt auch heute noch von Europa lernen?
3. Welche Erwartungen können wir mit dem Auf- und Ausbau von globalen Friedensarchitekturen verbinden? Oder: Was ist Illusion, was ist begründete Hoffnung?

War Kant für die Katz?

Ich habe mit dem Satz begonnen: Das Nachdenken über den Frieden ist eingebunden in eine Geschichte des Krieges. Das verweist auf die Vergeblichkeit aller bisherigen Bemühungen, den Krieg als Verhaltensmuster der Menschen im Umgang miteinander zu überwinden. Diese Beobachtung kann natürlich auch etwas hoffnungsfroher gelesen werden: nämlich so, dass die Idee des Friedens aller Kriegserfahrung standgehalten hat; und mehr noch – aber schon wieder bedenklich – dass die Mehrzahl der Kriege (zumindest in der Neuzeit) im Namen des Friedens, im Namen seiner Wiederherstellung oder Bewahrung, geführt wurden. Darin liegt auch das zentrale Problem: Die allgemeine Wertschätzung des Friedens ist offenbar kein Grund, auf den Krieg zu verzichten. Im Gegenteil: Sie kann dazu dienen, Kriege zu rechtfertigen, denn wenn der Friede das höchste Gut ist, darf man, ja muss man dann nicht vielleicht sogar mit Waffengewalt für ihn eintreten?

Die Frage führt uns zur Lehre vom gerechten Krieg. Interessant für die heutige Diskussion ist besonders die Version der Lehre, die der Kirchenlehrer und Philosoph *Augustinus* Anfang des

5. Jahrhunderts im Kontext der Konstantinischen Neuordnung des römischen Reiches formuliert hat: Die Urchristen waren bekanntlich konsequente Pazifisten. Aber in dem Maße, in dem sie in die spätrömische Gesellschaft integriert wurden und auch in den Dienst des Staates traten, stellte sich die Frage, ob ihnen damit nicht auch eine direkte oder indirekte Beteiligung am Krieg erlaubt sei. Augustinus lieferte eine bis heute viel diskutierte Antwort. Er argumentierte, dass eine Kriegsbeteiligung der Christen dann zulässig sei, wenn der *Krieg* auf die Wiederherstellung oder Bewahrung des *Friedens* gerichtet sei und der christliche Soldat folglich im Krieg dem Frieden diene. Das war nicht nur zynisch. Zumindest theoretisch erhöhte die *augustinische* Verknüpfung von Krieg und Frieden die Anforderungen an die Rechtfertigung von Gewalt. Zugleich erweiterte sie aber auch das Spektrum möglicher Rechtfertigungen des Krieges. Das ist das grundlegende Dilemma der Lehre vom gerechten Krieg.

Dieses Dilemma versuchte Thomas von Aquin einige hundert Jahre später durch eine Ausdifferenzierung der Kriterien aufzulösen, unter denen Krieg erlaubt sein soll. *Die Kriterien sind:*

- *das Vorliegen einer Rechtsverletzung,*
- *die Ausrichtung des Krieges auf die Wiederherstellung des Rechts,*
- *die Verhältnismäßigkeit der Mittel,*
- *eine rechtmäßige Befugnis zur Entscheidung über die Anwendung von Waffengewalt und*
- *die Aussicht auf Erfolg.*

Damit wurden die Anforderungen an die Rechtfertigung von Gewalt weiter erhöht, aber die Möglichkeit eines Missbrauchs der Lehre für die **Rechtfertigung** von Gewalt (statt der beabsichtigten Begrenzung) wurde nicht unterbunden.

Mit der Herausbildung des neuzeitlichen Staatensystems stellte sich die Frage, ob die Lehre vom gerechten Krieg nicht zu einem Kuddelmuddel rivalisierender Gerechtigkeitsansprüche führen müsste, in dem es prinzipiell unmöglich wäre, die Zulässigkeit von Gewalt nach der Lehre vom gerechten Kriege zu beurteilen.

Bei diesem Problem setzte dann das moderne Völkerrecht an. In der Tendenz ersetzte es das moralische Abwägen über die Anwendung von Gewalt (also das Kuddlemuddle rivalisierender Gerechtigkeitsansprüche) durch die Vorgabe rechtlicher Normen und Verfahren, an die die Anwendung von Gewalt gebunden werden soll.

Allerdings trat das Völkerrecht zunächst nur in höchst bescheidener Form in Erscheinung. Es kümmerte sich mehr um die Ausarbeitung des Rechts im Kriege (ius ad bellum) als um die Kritik des Rechts zum Kriege (des ius ad bellum), das die Staaten für sich in Anspruch nahmen. Deshalb nannte Immanuel Kant die Väter des modernen Völkerrechts (Mütter waren nicht dabei) lauter „leidige Tröster“, die mit ihren Regeln für den Krieg nur immer neue Möglichkeiten seiner Rechtfertigung schüfen, so dass man sich wundern müsse, dass in diesem Zusammenhang überhaupt noch von „Recht“ gesprochen werde. Er selbst, also Kant, forderte einen radikalen Perspektivwechsel: weg von der Freiheit der Staaten, über die Anwendung von Gewalt **eigenmächtig** zu entscheiden, hin zu einer internationalen Rechtsordnung, die ein friedliches Zusammenleben aller ermöglichen würde.

Kants Friedensplan setzte keineswegs einen neuen (guten) Menschen voraus. Kant war in diesem Punkt Realist. Sein Menschenbild entsprach dem von Thomas Hobbes. Trotzdem kommt er zu einem ganz anderen Ergebnis als Hobbes: Kant argumentiert, dass sein Friedensplan einem universellen Vernunftgebot entspreche. Selbst in einer Welt von Teufeln müsste der von ihm propagierte Weg eingeschlagen werden, sofern diese Teufel bereit wären,

sich dem zu unterwerfen, was die Vernunft (also das wohlverstandene Eigeninteresse) gebiete. Weil aber das Vernünftige nicht immer als das Richtige erkannt und noch viel weniger befolgt werde, sei es von zentraler Bedeutung, dem Verhalten der Menschen wie der Staaten durch eine **gute Verfassung** auf die Sprünge zu helfen. Zu diesem Zweck propagierte Kant

- eine Demokratisierung der Staaten, die die Kriegslust der Staaten dämpfen würde,
- zweitens einen Staatenbund für mehr Vertrauen unter den Staaten und
- drittens die Schaffung einer weltbürgerlichen Verfassung, die Freizügigkeit in wechselseitigem Respekt für die Lebensinteressen des Anderen ermöglichen sollte.

Der Sache nach sind die Grundvorstellungen Kants seit Mitte des 19. Jahrhunderts in erstaunlichem Umfang in die Entwicklung des Völkerrechts und die Herausbildung internationaler Organisationen eingegangen.

Ich kann hier aus Zeitgründen nicht in die Einzelheiten gehen. Nur dies:

Am Ende des 18. und quer durch das 19. Jahrhundert vollzogen sich nicht nur große politische Umbrüche, denen bis in die Gegenwart mehrere Wellen der Demokratisierung folgten; es gab auch eine erste und zweite industriellen Revolution mit der Folge, dass es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer enormen Verdichtung der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung kam. Diese Entwicklung verlangte nach neuen Formen der Regelung von Kommunikation und Verkehr. Zu diesem Zweck wurden neuartige Einrichtungen geschaffen: die ersten internationalen Organisationen wie der Weltpostverein, die Internationale Telegraphenunion oder das Handelsbüro der Amerikanischen Republiken.

Diese Ansätze einer organisierten Zusammenarbeit waren in ihren Anfängen eher technisch ausgerichtet. Ende des 19. Jahrhunderts gewann aber auch Kants Idee einer politischen Verbindung zwischen den Staaten an Bedeutung. Der Grund hierfür war, dass die politische Sprengkraft der gesellschaftlichen Umbrüche innerhalb der europäischen Staaten zum Teil nach außen abgeleitet wurde, und zwar in Form eines überbordenden Nationalismus, der die europäischen Staaten in einen verschärften Wettlauf um Macht (in Gestalt der Aufrüstung) und um Ressourcen (in Gestalt des Kolonialismus) trieb. Es gab also beides: ein zunehmendes Bewusstsein für die Einheit der Welt, das sich in den ersten Weltausstellungen manifestierte, und zugleich eine wachsende Machtkonkurrenz unter den damaligen Weltmächten, also den europäischen Staaten.

Mit Blick auf diese brisante Entwicklung begannen die Völkerrechtler an der Umwandlung des Völkerrechts von einem Kriegs- zu einem Friedensrecht zu arbeiten. Diese Bemühungen fanden ihren ersten Ausdruck in den beiden Haager Friedenskonferenzen von 1898 und 1907– hundert Jahre nach Kants Friedensschrift. Auf diesen Haager Friedenskonferenzen wurde eine allgemeine Friedenspflicht der Staaten formuliert und damit zugleich das freie Recht zur Kriegführung, das die Staaten für sich beanspruchten, vorsichtig in Frage gestellt. Die Völkerrechtler wurden so zu „sanften Agenten der Zivilisierung“, wie das unser finnische Kollege Martti Koskeniemmi ausgedrückt hat. Ihre Ideen konnten den Ersten Weltkrieg nicht verhindern, sie wurden aber durch ihn auch nicht ausgelöscht. Vielmehr ging aus dem Ersten Weltkrieg die von Kant geforderte *allgemeine* Internationalen Organisation hervor, der Völkerbund. Er sollte die verhängnisvolle *Bündnispolitik* der Staaten durch eine Politik der *kollektiven Friedenssicherung* ersetzen.

Was für den Ersten Weltkrieg zutraf wiederholte sich im Zusammenhang mit dem Zweiten. Der Völkerbund ging zugrunde, die in ihm verkörperten Ideen der friedlichen Streitbeilegung

und kollektiven Friedenssicherung blieben jedoch bestehen. Sie wurden in der Charta der Vereinten Nationen aufgegriffen und weiterentwickelt.

Aufs Ganze betrachtet kann man festhalten, dass die Entwicklung des Völkerrechts ganz im Sinne Kants zu einer fortschreitenden Einschränkung der rechtlich zulässigen Anwendung von Gewalt geführt hat: nämlich von der Infragestellung des Rechts zum Kriege, über die Etablierung einer allgemeinen Friedenspflicht bis zum allgemeinen Gewaltverbot, wie es die UN-Charta in Art. 2/4 ausspricht. Ein Durchbruch zu der von Kant intendierten Friedensordnung ist damit aber, wie wir täglich sehen, auch heute nicht erreicht: Das Völkerrecht wurde gestärkt, aber immer wieder gebrochen,
die internationalen Organisationen wurden immer weiter ausgebaut, aber immer wieder umgangen,
der Friede als Norm hat an Gewicht gewonnen, aber trotzdem werden Kriege geführt.

Also: Kant für die Katz? Alles vergeblich?
Damit zu meinem zweiten Abschnitt.

Gibt es historische Erfahrungen, die uns ermutigen, trotz allem an der Idee einer Weltfriedensordnung festzuhalten?

Dieter Senghaas hat in den 1990er Jahren zwei viel diskutierte Thesen in die Debatte über eine neue Weltordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geworfen:

- Die erste These lautete, dass die Zivilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse nicht nur eine Idee ist, die in den Köpfen der Philosophen herumspukt, sondern dass sie sich in zahlreichen moderner Gesellschaften vollzogen hat.
- Die zweite These lautete, dass die Zivilisierung zwischengesellschaftlicher Beziehungen keineswegs an kulturellen Differenzen oder Konflikten zwischen den unterschiedlichen Kulturen scheitern muss; denn der von Samuel Huntington diagnostizierte „Zusammenstoß der Kulturen“ sei in Wahrheit ein Zusammenstoß der jeweiligen Kulturen mit sich selbst.

Zur ersten These:
Sie bezieht sich auf das von Dieter Senghaas entwickelte „zivilisatorische Hexagon“. In diesem Hexagon werden sechs Anforderungen an ein friedliches Zusammenleben formuliert. Diese Anforderungen entspringen nicht einem akademischen Modelldenken, sondern sind aus der realhistorischen Entwicklung von Zivilisierungsprozessen (in Europa) abgeleitet.

Die sechs Eckpunkte sind (woran ich hier nur erinnern möchte)

- ein funktionierendes Gewaltmonopol des Staates,
- die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und
- demokratischer Partizipation,
- komplexe Lebenszusammenhänge, die eine Kontrolle der eigenen Affekte verlangen,
- die von allen geteilte Aussicht auf mehr soziale Gerechtigkeit und
- die Fähigkeit zum Kompromiss als Kern einer friedensdienlichen Kultur des Umgangs mit Konflikten.

Wo sich diese Verfahrensmuster und Fähigkeiten der Einzelnen und der Gruppen herausbilden, sind sie das Ergebnis langwieriger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Sie fallen also nicht vom Himmel, sondern sind hart erstritten und müssen immer wieder neu gefestigt werden. Zivilisierungsprozesse verlaufen dementsprechend weder gradlinig noch unumkehrbar. Aber sie sind **real**, sie haben zu einer Befriedung jener Gesellschaften geführt, die wir heute zum globalen Westen, also zur OECD-Welt zählen, und sie haben auch das Verhältnis zwischen diesen Staaten nachhaltig befriedet.

Aber wie steht es mit dem Verhältnis der OECD-Welt zu den übrigen Staaten, die bisher keine dem Westen vergleichbaren Umbrüche erlebt haben? Hier kommt die zweite These ins Spiel:

Dieter Senghaas verbindet seine Vorstellung von **Zivilisierung** mit einem makrotheoretischen Denkansatz, nämlich dem der **Modernisierung**stheorie. Zivilsierung hat es demnach mit dem Übergang von einer traditionalen zu einer modernen Gesellschaft zu tun. Modernisierung begünstigt, so folgt aus diesem Zusammenhang, die Etablierung einer Ordnung, in der Konflikte ohne Rückgriff auf eigenmächtige Gewalt ausgetragen werden.

Diese Sichtweise verbindet sich bei Senghaas mit der Annahme, dass nach und nach alle Staaten mit den Anforderungen einer modernen Gesellschaft konfrontiert werden. Das löst in all diesen Staaten innergesellschaftliche Konflikte aus, bei denen die Herrschenden sich gern als Sachwalter der Kultur des jeweiligen Landes zu legitimieren versuchen. Ein aktuelles Beispiel bietet die gegenwärtige kulturelle Abgrenzung Russlands gegenüber westlichen Werten, die bekanntlich von Putin als degoutant und dekadent geschmäht werden.

Dieter Senghaas betont, dass solche aggressiven Abgrenzungen nicht Ausdruck unaufhebbarer kultureller Differenzen, sondern Teil der Auseinandersetzung der jeweiligen Gesellschaften mit den eigenen Kulturtraditionen sind. Diese Argumentation könnte man heute auch sehr gut auf die Entwicklungen in der arabischen Welt oder in Afrika beziehen und sie ist von bleibender Wichtigkeit für den Umgang mit den Muslimen in der eigenen Gesellschaft.

Wie aktuell die Thesen von Senghaas sind, hat die Süddeutsche Zeitung Ende Mai in einem großen Artikel demonstriert: Dort hieß es mit Blick auf die politischen Unruhen im heutigen Afrika, bei diesen Unruhen gehe es um einen „Aufstand Afrikas gegen sich selbst“, gegen seine Unfähigkeit, auch 50 Jahre nach der Entkolonisierung die eigenen kolonialen Denkweisen und Verhaltensmuster zu überwinden (Tobias Zick, Tim Neshitov: Aufstand gegen sich selbst, SZ 29.5. 2015, S. 13).

Hier liegt aber eine Rückfrage an Dieter Senghaas nahe: Ist es **mehr** als „leidiger Trost“, um mit Kant zu sprechen, wenn man feststellt, dass die Auseinandersetzungen im globalen Süden in erster Linie Auseinandersetzungen der betroffenen Gesellschaften mit sich selbst sind? Wenn dem auch so sein sollte, so haben diese Auseinandersetzungen doch erhebliche internationale oder sogar weltpolitische Folgen. In Europa haben die innergesellschaftlichen Kämpfe im Prozess der Modernisierung zu erheblichen Spannungen zwischen den Staaten und schließlich sogar zu zwei Weltkriegen geführt. Ist mit der Feststellung, die Kulturen lägen mit sich selbst im Konflikt, in friedenspolitsicher Hinsicht vielleicht weniger gewonnen als diese Feststellung verspricht?

Hier kommt eine zweite Frage ins Spiel: Sind die kulturell definierten Abgrenzungstendenzen in weiten Teilen des globalen Südens und in Russlands nicht auch Ausdruck der Widersprüche, mit denen die Politik der liberalen Demokratien gegenüber diesen Staaten behaftet ist? Ich möchte hier nicht als Putin-Versteher argumentieren. Aber Putins Strategie, die eigene Herrschaft u.a. mit einer militanten kulturellen Abgrenzung gegenüber dem Westen zu stabilisieren, funktioniert offenbar auch deshalb so gut, weil der Westen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts schlechten Gebrauch von seiner hegemonialen Stellung gemacht hat. Das ist ein Sachverhalt, der im Zusammenhang mit dem Theorem des „demokratischen Friedens“ in den vergangenen Jahren viel diskutiert worden ist.

Das Theorem des demokratischen Friedens besagt, dass Demokratien untereinander keine Kriege führen. Dafür gibt es ganz unterschiedliche Erklärungen, auf die ich hier nicht weiter eingehen will. Entscheidend ist, dass Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien nicht unbedingt friedlicher sind als Nicht-Demokratien untereinander.

Die Hessische Stiftung Friedens - und Konfliktforschung hat das in einem umfangreichen Forschungsprogramm untersucht. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Demokratien im Umgang mit Nicht-Demokratien sogar besonders aggressiv sein können, weil sie in ihnen einen von Kant so bezeichneten „ungerechten Feind“ sehen. Was ist ein ungerechter Feind? Nach Kant ist das eine Regierung oder ein Machthaber, deren bzw. dessen „öffentlich (…) geäußerter Wille einer Maxime folgt, nach welcher, wenn sie zur allgemeinen Regel gemacht würde, kein Friedenszustand unter Völkern möglich wäre, sondern der Naturzustand verewigt werden müsste“ (Kant, Metaphysik der Sitten, § 60).

Die Regierung George W. Bush war bekanntlich sehr rührig bei der Identifizierung solcher ungerechter Feinde in Gestalt von Rogue States, also Schurkenstaaten. Und sie war nicht zimperlich im Umgang mit ihnen. Die Bush-Administration war in diesem Zusammenhang auch nicht zimperlich im Umgang mit dem Völkerrecht. Putin hat zwar Unrecht, wenn er sich bei der Rechtfertigung der Annexion der Krim u.a. auf das westliche Verhalten im Kosovo-Konflikt beruft. Aber wenn der Westen sich heute über die russische Völkerrechtspolitik beklagt, dann klingt das angesichts der eigene Völkerrechtspolitik vergangenen Jahre doch ein bisschen unglaubwürdig.

Zusammengefasst: Die Geschichte zeigt eine Reihe erfolgreicher innergesellschaftlicher Zivilisierungsprozesse, die auch dem Frieden **zwischen** den Staaten dienen. Solchen Zivilisierungsprozessen stehen keine essentiellen, unaufhebbaren Kulturkonflikte entgegen. Der Kampf Afrikas oder der arabischen Welt ist aber ein Kampf mit gravierenden internationalen Folgen und dies auch deswegen, weil weder die afrikanische noch die arabische oder irgendeine andere Welt sich in der Vergangenheit isoliert vom Rest der Welt entwickelt hat. Der Kampf der Kulturen mit sich selbst ist also immer zugleich ein Kampf mit jenen Deformationen, die sie in ihren Beziehungen mit den jeweils dominanten Gesellschaften erfahren haben. Aus diesen Zusammenhängen ergeben sich Gefahren der Regression in, oder des Abbruchs von, Zivilisierungsprozessen, aber wir wissen bisher wenig darüber, wie diese Gefahren einzuschätzen sind und wie man ihnen begegnen kann.

Damit zu meinen abschließenden Überlegungen.

Worauf darf gehofft werden, woran sollte gearbeitet werden?

Überall in der Welt scheinen heute Abrisskolonnen unterwegs zu sein, die die Errungenschaften von Aufklärung und Modernisierung demolieren: nicht nur dort, wo der „Islamische Staat“ wütet, sondern weit darüber hinaus: in Russland, in der Ukraine, in China, in Mexiko, wo in den vergangenen zehn Jahren 60.000 bis 80.000 Menschen im Drogenkrieg ums Leben gekommen sind. In Europa selbst erleben wir einen neuen Nationalismus und Chauvinismus - Hass auf die EU, Hass auch auf die Demokratie, Hass auf die Anderen. Von Finnland bis Frankreich, von Norwegen bis Ungarn gewinnen rechtskonservative politische Parteien an Einfluss. Da Projekt Europa wankt. In den USA ist Donald Trump politikfähig geworden. Er gilt unter Republikanern und ihnen nahe stehenden Menschen längst nicht mehr nur als politischer Unterhaltungskünstler, sondern als ernst zu nehmender Vertreter ihrer Interessen und Weltsichten. 64% der Republikaner billigen ihm nach einer neuen Umfrage der Washington Post zu, qualifiziert für das Präsidentenamt zu

sein. Dazu passt, dass nach all den Erfahrungen mit militärischen Eingriffen die Kolumnistin der Washington Post Anne Applebaum zur europäischen Flüchtlingspolitik schreibt, das Problem liege nicht darin, wer wie viele Flüchtlinge aufnehmen müsse; das Problem sei vielmehr, dass die EU-Staaten sich bisher der Bildung einer europäischen Armee widersetzt hätten. Jetzt bekämen sie dafür die Quittung! Man liest und staunt. Welche Antwort würde eine Europäische Armee auf die gegenwärtigen Flüchtlingsströme liefern? Die Antwort bleibt unserer Phantasie oder unseren Albträumen überlassen.

Immanuel Kant hat bekanntlich drei Fragen formuliert, die sich jeder aufgeklärte Mensch stellen soll: Was kann ich wissen, was darf ich hoffen, was soll ich tun?

Auf die erste Frage hat Dieter Senghaas die eben skizzierte Antwort formuliert. Wir wissen aus der europäischen und nicht nur aus der europäischen Geschichte, dass die Zivilisierung des Umgangs mit Konflikten möglich ist. Neuerdings gibt es Studien, die noch weiter gehen. So vertritt der amerikanische Autor Steven Pinker in einem viel diskutierten Buch die These, dass die Anwendung von Gewalt im Laufe der Menschheitsgeschichte zurückgeht. Ähnlich hat der norwegische Friedensforscher Nils Petter Gleditsch schon vor Jahren gestützt auf umfangreiches statistisches Material argumentiert. Beruht also die gegenwärtige Aufregung über die aus den Fugen geratene Welt auf unserer Schwäche für sensationsgesättigte Unterhaltung?

Keineswegs. Das Problem besteht darin, dass langfristige Trends wenig über die Wahrscheinlichkeit kurzfristiger Schwankungen im Prozess der übergreifenden Veränderung aussagen. Man darf die Geschichte des Völkerrechts, wie ich es vorhin getan habe, als Geschichte des Fortschritts vom Kriegs- zum Friedensrecht erzählen. Aber die entscheidenden Durchbrüche in dieser Geschichte (das allgemeine Gewaltverbot und die Formulierung einer allgemeinen Friedenspflicht) sind das Produkt zweier Weltkriege!

Dürfen wir hoffen, so wäre in Bezug auf **Kants zweite Frage** zu erörtern, dass es gelingen wird, eine von Habermas so genannte „angemessen institutionalisierte Weltordnung“ ohne einen **dritten** großen Krieg zustande zu bringen?

Nicht nur von hartgesottenen Realisten, auch in der Friedensforschung ist in jüngster Zeit vor einer Zuspitzung der Auseinandersetzungen mit China (wenn nicht Russland oder beiden) bis hin zu einem neuen großen Krieg gewarnt worden. Die Möglichkeit ist nicht auszuschließen. Entscheidend ist, welche Schlussfolgerungen man daraus zieht. Die einen sagen, wir müssen uns auf eine solche Konfrontation einstellen und entsprechend aufrüsten und bestehende Bündnisstrukturen stärken. Die anderen fordern das Gegenteil: eine konsequente Wiederbelebung der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik in Verbindung mit einem Ausbau der Vereinten Nationen. In der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung wurde ein neues Konzert der Mächte analog zum Wiener Mächtekonzert von 1815 vorgeschlagen. Dieses „Mächtekonzert für das 21. Jahrhundert“ soll nicht an die Stelle der UNO treten, sondern durch Konsultation, Vertrauensbildung und Entscheidungsvorbereitung zwischen weltpolitisch wichtigen Staaten die Funktionsfähigkeit des Sicherheitsrates als Entscheidungsgremium stärken und die Gefahr von Blockaden des Sicherheitsrates durch ein Veto der Ständigen Mitglieder abbauen. In den 1990er Jahren wurde insbesondere eine Demokratisierung der Vereinten Nationen diskutiert. Sie sollte über eine erneute Erweiterung des Sicherheitsrats und durch die Einrichtung einer Art parlamentarischer Versammlung neben der jetzt bestehenden Generalversammlung erfolgen. Die Erweiterung des Sicherheitsrats sollte für eine bessere Repräsentation der Staatenwelt sorgen, die

parlamentarische Versammlung (ähnlich wie das europäische Parlament) dazu beitragen, das Regierungshandeln zu kontrollieren.

Die gegenwärtige Konjunktur für solche großen Reformen ist allerdings nicht sehr gut. Mehr Bewegung gibt es bei kleineren Schritten zur Verbesserung der internationalen Friedensarchitektur. Zum einen ist die regionale Ebene der Politik aufgewertet worden. Das trifft sowohl für Afrika als auch für Lateinamerika und Ostasien zu. Die Begründung ist, dass regionale Einrichtungen dichter an den jeweiligen Problemen dran sind und die Verhältnisse vor Ort besser kennen. Das ist zweifellos richtig. Aber wie sich heute in Europa besonders auf dem Gebiet der Flüchtlingspolitik zeigt, ist die Schaffung regionaler Organisationen keine Patentlösung zur Förderung internationaler Konsensbildung und Handlungsfähigkeit. Außerdem kann regionale Politik durchaus zum Konflikt mit überregionalen Organisationen führen, die übergeordnete Interessen vertreten. Ein bedrückendes Beispiel hierfür ist die ablehnende Haltung der AU gegenüber dem internationalen Strafgerichtshof. Der ist zunächst von vielen Afrikanischen Staaten unterstützt und auch angerufen worden. Als er aber anfing, auch Staatsoberhäupter zur Rechenschaft für grobe Menschenrechtsverletzungen zu ziehen, da drohte die AU den Strafgerichtshof zu verlassen. Und das wäre dessen Ende.

Neben der regionalen Ebene ist seit Ende der 1990er Jahre auch die lokale Ebene der Konfliktbearbeitung stark aufgewertet worden. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass auf lokaler Ebene Kenntnisse und Fähigkeiten vorhanden sind, die früher als archaisch abgetan wurden, jetzt aber in verstärktem Maße als Handlungskompetenzen wahrgenommen und z.B. in Friedensmissionen der Vereinten Nationen routinemäßig einbezogen werden. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit soll die lokale Ebene stärker bei Prioritätensetzung, Politikformulierung und -umsetzung einbezogen werden. Aber auch hier gibt es natürlich Probleme. Zwischen der lokalen und der nationalen Handlungsebene bestehen vielfältige Spannungen. Das gilt besonders für die internationale Zusammenarbeit mit lokalen Zivilgesellschaften. Eine solche Zusammenarbeit gilt in einer zunehmenden Zahl von Staaten als Einfallstor für Fremdbestimmung durch den liberalen Westen und die Unterminierung der nationalen Herrschaftsverhältnisse. Hierin manifestiert sich ein wachsendes Misstrauen gegenüber den liberalen Demokratien als einer Staatengruppe, die darauf aus ist, ihre eigenen Interessen und ordnungspolitischen Präferenzen den Anderen als universelle Normen aufzunötigen. Das hat in der Tat, wie Dieter Senghaas immer wieder betont hat, sehr viel mit innerkulturellen Spannungen und Konflikten in den betroffenen Ländern zu tun. Aber es hat auch viel zu tun mit den Fehlern und Versäumnissen der liberalen Demokratien, die sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus als Sieger der Geschichte betrachteten und dann auch bald so aufführten.

Das erlaubt jedoch eine eher zuversichtliche Antwort auf die Frage, was dürfen wir hoffen? Es ist offensichtlich nicht die menschliche Natur als solche, es sind vielmehr die konkreten Fehler und Versäumnisse einer allzu selbstgefälligen Politik des globalen Westens, die in Wechselwirkung mit den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Umbrüchen im globalen Süden zum gegenwärtigen Debakel geführt haben. Wenn dem so ist, und wenn wir wissen, dass Zivilisierung möglich ist, dann dürfen wir auch hoffen, dass die katastrophalen Ausschläge in der Kurve der Zivilisierungsgeschichte ihrerseits keiner Gesetzmäßigkeit unterliegen (etwa nach dem Muster, dass jede globale Machtverschiebung zum großen Krieg zwischen den betroffenen Weltmächten führt). Es gibt immer Spielraum für Politik. Das lehrt auch die Debatte zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, die wir im vergangenen Jahre – oft mit einem mulmigen Gefühl im Bauch – geführt haben.

Zusammengefasst: Wir können nicht darauf bauen, dass es bei der Reform der UNO zu einem umfassenden Durchbruch kommen wird, noch das andere Ideen von einer neuen Weltordnung aus einem Guss irgendwelche Chancen haben – Gott sei Dank auch nicht die des IS. Wir können aber darauf bauen, dass das System internationaler Organisationen und die vielfältigen Formate internationaler Verhandlungspolitik (die z.B. in der Ukraine-Krise zum Zuge kommen) weiterentwickelt werden und die Komplexität des internationalen Verhandlungssystem weiter zunehmen wird. Das wird die Zahl der Krisen nicht verringern, aber möglicherweise doch einen Umgang mit ihnen fördern, der den Weg zum Frieden nicht immer wieder blockiert.

Damit zur dritten Frage: Was sollen wir tun?
Ich beschränke mich auf drei Leitsprüche:
Erstens, wir müssen lernen, unsere eigene – europäische – Geschichte so zu verstehen, dass sie nicht zum Hindernis für eine Verständigung mit den Anderen wird, sondern uns zu solcher Verständigung befähigt.
Dazu gehört *zweitens*, dass wir uns des eigenen Anteils an den Konflikten und Kriegen im globalen Süden bewusst werden, die wir heute als Bedrohung unserer eigenen Sicherheit und unseres Wohlstands betrachten.
Drittens, wir müssen lernen auch unter dieser Perspektive unser eigenen Bedürfnisse, Präferenzen und Wahrnehmungen mit den Lebensinteressen der Anderen zu verbinden.

Das ist sehr einfach und doch sehr anspruchsvoll. Es sollte uns helfen, die Ermahnung zu beherzigen, die Teddy Kollek in die folgenden Worte gefasst hat:

„Es ist ein Fehler, nicht jedem **kleinen** Anzeichen von Friedensmöglichkeiten mit **großem** Ernst nachzugehen.“